

Die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner zum CDU-Bundesparteitag

„Klimaschutz bringt Wachstum“

STUTTGART - Die CDU berät in Stuttgart neben den Steuerentlastungen für die Bürger auch über den Klimaschutz. Die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner erwartet, dass ihre Partei trotz der Wirtschaftskrise nicht von den Klimazielen abrückt. Dies sagte sie im Gespräch mit SZ-Mediendirektor Joachim Umbach und SZ-Redakteur Andreas Schanz.

SZ: Die Weltwirtschaft und die Weltfinanzen sind in der Krise. Ist auf dem CDU-Bundesparteitag überhaupt noch Zeit, um über Klimawandel und über Klimaschutzziele zu sprechen?

Gönner: Ich bin sicher, dass genug Zeit bleibt. Wir haben den Antrag „Die Schöpfung bewahren: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“ schon sehr früh erarbeitet. Es gab eine Vielzahl von Reaktionen, und die Partei hat dann auch den Wunsch, dass darüber diskutiert wird.

SZ: Sie haben sich dafür ausgesprochen, die Klimaschutzziele nicht abzumildern. Ist diese Position in der Union mehrheitsfähig?

Gönner: Nach meinem Eindruck über die eingegangenen und aufgenommenen Anträge gibt es ein klares Signal, dass wir nicht abweichen von den Klimaschutzziele – auch deswegen nicht, weil wir die Chance sehen, damit insbesondere regionales Wirtschaftswachstum zu bekommen.

SZ: Die Kritiker argumentieren genau anders herum: dass die Klimaschutzziele Arbeitsplätze gefährden. Mit dieser Keule ist schon manche Diskussion erschlagen worden...

Gönner: Das ist richtig. Weil wir breite Unterstützung aus der Wirtschaft haben, bin ich da aber sehr gelassen. Das Handwerk macht deutlich, dass Ener-

gieeinsparung und Gebäudesanierung für sie ein Jobmotor sind. Der Verband der Maschinenbauer wies jüngst darauf hin, dass bei seinen Betrieben gerade der Bereich „Energieeffizienz“ und „Umwelttechnologie“ wächst. Und wenn man mit dem Automobilbau spricht, dann will die Branche eine schrittweise Einführung der Klimaziele und jetzt die genauen Rahmenbedingungen kennen. Es hilft ihnen nicht, wenn die Diskussion zwei Jahre weiterläuft. Denn sie merken, dass die Verbraucher verunsichert sind.

SZ: Ist es nicht sogar so, dass die Automobilindustrie Arbeitsplätze gefährdet, wenn sie sich jetzt nicht umstellt?

Gönner: Der Verbraucher ist sehr beeindruckt von der CO₂-Debatte, aber auch von den jüngst sehr hoch gekletterten Benzinpreisen. Man hat gesehen, wohin die Entwicklung führen kann. Und das hat die Menschen dazu veranlasst, über den Kauf deutlich verbrauchsärmerer Fahrzeuge nachzudenken. Man muss das als Chance

sehen. Im übrigen hat die Automobilindustrie jetzt sehr stark mit Innovationen begonnen. Sie weiß, dass das die Zukunft für sie ist.

SZ: Im Südwesten brechen die Steuereinnahmen ein. Kann es sich das Land leisten, ab 2010 statt 15 Millionen jedes Jahr 40 Millionen Euro für die energetische Sanierung landeseigener Gebäude auszugeben?

Gönner: Wir werden durch das Programm dauerhaft 47 Millionen Euro pro Jahr einsparen. Sanierung bedeutet aber auch Wertsteigerung eines Hauses. Ich bin der Überzeugung, dass wir da genau den richtigen Weg gehen. Wir schreiten als Land voran, wir treffen aber auch Vorsorge für die Zukunft – was den Landeshaushalt angeht.

SZ: Ab 2010 wird die zweite Stufe des Wärmegesetzes gelten, Altbau-Besitzer müssen dann bei einer Erneuerung der Heizung erneuerbare Energien einsetzen. Ist dieser Beitrag zum Klimaschutz überhaupt finanziell verkraftbar?

Gönner: Die Sparquote in Deutschland war nie so hoch wie heute. Gerade im Südwesten sind bei Wohneigentümern finanzielle Rücklagen vorhanden. Das Konjunkturprogramm zeigt, dass auch der Bund die Gebäudesanierung fördern will. Allerdings wäre es aus baden-württembergischer Sicht noch wünschenswert, über die Abschreibungen bei eigengenutzten Gebäuden und beim Baudenkmal nachzudenken. Es gibt außerdem ein so großes Förderangebot, dass man sich den Einsatz erneuerbarer Energien zum Heizen leisten kann – zumal er ja auch Kosteneinsparungen bringt.

SZ: Das Land ist jüngst für seine Anstrengungen beim Klimaschutz ausgezeichnet worden, nur bei der

Nutzung der Windkraft hapert es. Wird es da auch im Südwesten noch Fortschritte geben?

Gönner: Die Studie der Agentur für erneuerbare Energien hat für den Südwesten noch weitere Potenziale aufgezeigt. Bei der Windkraft gibt es aber unterschiedliche Umweltinteressen, die auch immer mal wieder aufeinanderprallen – der Klimaschutz und der Landschaftsschutz. Wir sollten dafür werben, dass Investoren die ausgewiesenen Vorranggebiete nutzen. Aber das Land wird sich auch Gedanken machen müssen, ob vorhandene Windräder nicht durch leistungsfähigere Anlagen ersetzt werden können – um noch ein Stück voranzukommen.

SZ: Auf dem Parteitag wird auch um Steuerenkungen gerungen. Würden schnelle Beschlüsse nicht einer Rezession entgegenwirken?

Gönner: Ich habe für jeden Verständnis, der sagt, man sollte die Bürger entlasten. Aber sie werden nicht dadurch entlastet, dass ich die Steuern senke und zugleich Schulden mache. In der Krise könnte eine Entlastung auch dazu führen, dass der Einzelne nur noch mehr auf sein Sparkonto legt. Außerdem sind Steuerenkungen bis zur Bundestagswahl nicht realisierbar, denn die SPD macht nicht mit. Daher ist es ehrlicher, den Bürgern zu sagen: Wenn wir nach der Bundestagswahl regieren, sind wir dazu bereit.

SZ: Was erwarten Sie insgesamt von dem Parteitag?

Gönner: Ich freue mich auf den Parteitag in der Heimat. Es ist für uns schön, Gastgeber zu sein. Und dann hoffe ich, dass wir mit guten Wahlergebnissen für das Präsidium und den Bundesvorstand zeigen, dass wir als Union geschlossen ins Superwahljahr 2009 gehen.

SZ-Interview



Erwartet im Jahr 47 Millionen Euro Einsparungen durch das Gebäudesanierungsprogramm: Tanja Gönner. Foto: ddp